

# Wenn der Markt das Klima schützt

Von Andreas Mihm

Der Weltklimagipfel in Cancún hat die niedrigen Erwartungen übertroffen, die in ihn gesetzt wurden. Der Verhandlungsprozess auf der Ebene der Vereinten Nationen ist nicht zum Erliegen gekommen. Die Staatengemeinschaft erkennt nun an, dass der Ausstoß von Klimagasen beschnitten werden muss, wenn der Anstieg der Erderwärmung auf zwei Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit begrenzt werden soll. Das ist das Maß, von dem die Wissenschaftler im Weltklimarat vermuten, dass die durch den Klimawandel ausgelösten Veränderungen beherrschbar bleiben, also die Kosten für die Anpassung an steigende Meeresspiegel oder Wetterextreme verkraftbar bleiben.

Soll man die Beteiligten für das Anerkennen einer Erkenntnis preisen, die der Weltklimarat schon seit Jahren propagiert? Über verbindliche Ziele für den Ausstoß von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen wird seit Jahren geredet. Konkrete, überprüfbare und durchsetzbare Beschlüsse dazu werden nicht gefasst, zumindest nicht auf globaler Ebene. Die bisher gemachten Zusagen einzelner Staaten zur Minderung ihrer Emissionen dürften Modellrechnungen zufolge dazu führen, dass die Temperaturen um drei Grad oder mehr ansteigen.

An der Glaubwürdigkeit der Umweltpolitiker nagt, dass sie immer eindringlicher vor den Gefahren des Klimawandels warnen, aber oftmals untätig bleiben. Die langsamen Verhandlungsfortschritte passen nicht zu der ins Feld geführten dringenden Notwendigkeit schneller Veränderungen. So gleicht der Weltklimagipfel einer Versammlung von Wohnungseigentümern, die in der jährlichen Hausversammlung die Entscheidung immer wieder vertagt, ob und unter welchen Bedingungen die Feuerwehr gerufen werden soll, um den Schmelbrand im Keller zu löschen.

In Cancún wurde wieder weniger über Inhalte als über Prozesse geredet. Daran haben die Beteiligten auch ein persönliches Interesse: Arbeitsgruppen, Ausschüsse und Unterausschüsse wollen besetzt sein. Man einigt sich darauf, ein internationales Kontrollsystem für Emissionsminderungen im UN-Rahmen aufzubauen. Die Weltklimabürokratie wächst. Zumindest wurde durchgesetzt, dass die Weltbank den geplanten Klimafonds verwalten soll. Das sichert Expertise und eine gewisse Marktnähe. 100 Milliarden Dollar sollen den Entwicklungsländern ab 2020 für die Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung gestellt werden, auch durch den Fonds. Doch woher das Geld kommen soll, ist unklar. Das Vorgehen hat Methode: erst die Struktur, dann der Inhalt.

Der Weltklimagipfel hat nicht geholfen, auch nur eine Tonne CO<sub>2</sub> einzusparen. Er hat die Konfliktfelder auch in diesem Jahr nicht ausräumen können: Amerika und China, die allein 40

Prozent der jährlich von Menschen verursachten Emissionen zu verantworten haben, wollen sich ihren Lebensstandard nicht von anderen vorschreiben lassen. Industriestaaten, vor allem Japan, sind nicht mehr zu weiteren Kürzungen beim Ausstoß von Treibhausgasen bereit, wenn nicht andere große Emittenten, darunter auch Schwellenländer, mitmachen. Die wiederum weisen darauf hin, dass sich ihre Bevölkerung das Recht auf Wachstum und Wohlstand, das bisher mit Kohlendioxid-Emissionen verbunden ist, nicht nehmen lassen will.

Es ist nicht zu erkennen, wie sich diese Schlachtordnung in überschaubarer Zeit auflösen sollte. Wenn das aber nicht möglich ist, dann ist es an der Zeit, sich über andere, zusätzliche Lösungswege Gedanken zu machen.

Wenn die Beobachtung stimmt, dass jenseits aller Klimarhetorik wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen, dann sollte man sie wirken lassen.

Die Instrumente dafür sind bekannt: CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte, die Kohlendioxid einen Preis geben, verknappen den Ausstoß, und das nicht nur in Deutschland und Europa, wo das Verfahren verbessert werden könnte. China ist dabei, einen Emissionshandel aufzubauen, auch in Nordamerika gibt es solche Initiativen. Das sollte verstärkt werden.

Damit kommen Märkte und private Unternehmen ins Spiel. Ohne sie werden die vielen Hundert Milliarden Euro, die für Investitionen in erneuerbare Energie und öffentliche Infrastruktur, zum energieeffizienten Bau von Megacities, benötigt werden, kaum zusammenkommen. Dabei geht es weniger um von oben verordneten Klimaschutz, sondern um den sparsamen Einsatz von Ressourcen, höchste Energieeffizienz und die niedrigsten Kosten.

Das kommunistische China scheint diesen Weg einzuschlagen. Vielleicht sind die Chinesen auch deshalb nicht auf ein internationales Abkommen erpicht, weil sie sich so einen Vorsprung vor der energieintensiven amerikanischen Wirtschaft erhoffen. Bald werden aber auch die Vereinigten Staaten ihre Volkswirtschaft auf mehr Energieeffizienz trimmen. Denn die Amerikaner wissen besser als viele andere, dass Preise, Märkte und Unternehmen stets schneller und besser als Staatswirtschaften oder die Vereinten Nationen über die Allokation knapper Ressourcen entscheiden. Nicht mehr Umweltpolitik, sondern mehr Markt ist der beste Schutz für das Klima.

---

Preise und Märkte entscheiden besser als die UN über die Allokation knapper Ressourcen.

---